

«DER BUND»: BERN

## Hayoz: «Solls doch die SP übernehmen»

**Seit Jahren geht in Bern Rot-Grün mit Wasserfallen-Mitteln gegen Randständige vor – samt bürgerlichen Blitzableitern gegen linke Kritik**

**Ob Kurt Wasserfallen, Ursula Begert, Barbara Hayoz, immer hielten Gemeinderäte der bürgerlichen Minderheit für Berns Wegweisungspolitik den Kopf hin – obwohl diese Repression gegen «störende» Randständigen Szenen dem Willen des rot-grün dominierten Erlacherhofs entspricht. Der «Bund» wollte dazu den SP-Stadtpräsidenten befragen – und landete einmal mehr bei dessen FDP-Kollegin.**

*«BUND»: Bern hat die «Lex Wasser-fallen» bereits vor sechs Jahren vorreiterhaft und auf breiter Front als Polizeinstrument gegen randständige Szenebildungen angewendet. 4500 Wegweisungen gab es seit dem Jahr 2000. Letztes Jahr waren es 420, hinzu kamen 1500 Anzeigen wegen missachteter Wegweisungen – im-po-sante Zahlen. Warum trifft so viele?*

**BARBARA HAYOZ:** Die Zahlen allein wirken vielleicht imposant, im Vergleich zu den Zehntausenden von Pendlern, die unseren öffentlichen Raum Bahnhof täglich beanspruchen, sind es verschwindend kleine Zahlen. In Anwendung des Polizeigesetzartikels 29 haben wir verschiedene Interessen zu schützen, darunter auch das öffentliche Interesse an Ruhe und Ordnung. Die Wegweisungen sind ein geeignetes, verhältnismässiges Mittel, um Ruhe und Ordnung – wenn diese konkret bedroht wird – sicherzustellen.



Polizeidirektorin Barbara Hayoz. / Manu Friederich

Seit 2005 beteuert der Gemeinderat, was Ursula Begert schon 2003 versprochen hatte: Wegweisungen nur noch als Ultima Ratio, als ein letztes Mittel, wenn nichts anderes hilft – also konkret: Wenn das von Edith Olibet (sp) politisch geführte Gassenprojekt Pinto nicht genug nützt. Jedoch: Wegweisungen sind Routine geblieben. Liegts an Pinto?

Nein, und soweit ich weiss, hat der Gemeinderat in aktueller Zusammensetzung den von Frau Begert geprägten Begriff «Ultima Ratio» nie offiziell bestätigt. Dies war eine Aussage Begerts, geäussert in einer Zeit, als sie unter Druck war.

Nein, so steht es schwarz auf weiss im regierungsbehördlichen «Pinto-Detailkonzept» vom 14. April 2005.

Na gut, das Papier, auf dem das so stehen soll, ist mir nicht bekannt – aber zurück zur Frage: Man kann nicht sagen, dieses Sozialinterventionsprojekt hätte versagt. Wo Pinto aktiv ist, sind die Wegweisungen zurückgegangen – von 560 im Jahre 2004 auf noch 420. Ziel ist, die Zahl weiter zu reduzieren. Es wäre aber blauäugig, zu meinen, wir könnten Wegweisungen auf ein Minimum, gar auf Null herunterfahren. Es gibt nun einmal Leute, die in Gruppen Alkohol trinken und dabei pöbeln. Die Polizei wird den Artikel 29 trotz Pinto weiter anwenden müssen.

Die SP, die grösste Stadtpartei, setzt starken Druck auf, um die Wegweisungen zu stoppen – Fraktionschef Raymond Anliker geisselt diese als «Citypflege auf Kosten der Grundrechte». Wie antworten sie Anliker?

Indem ich auf höchstrichterlichen Segen verweise: Das Bundesgericht hat klar festgestellt, dass die Betroffenen in ihrer Freiheit nicht stark eingeschränkt sind, zumal sie sich in den drei Monaten weiter im Perimeter aufhalten dürfen, sofern sie sich nicht gruppenweise dort aufhalten und Alkohol konsumieren. Auch wird vom Bundesgericht anerkannt, dass unsere Praxis vorsichtig, zurückhaltend, verhältnismässig, stichhaltig begründet ist.

Wir wollten Stadpräsident Alexander Tschäppät (sp) interviewen. Er verwies an Sie. Frau Hayoz, setzen sich eigentlich Ihre linken Kollegen und Kolleginnen ernsthaft mit der Wegweisungspraxis auseinander – oder sind sie froh, sich hinter Ihnen als bürgerlicher Buhfrau und Blitz-ableiterin verschanzen zu können?

(Schmunzelt) Als Buhfrau fühle ich mich nicht, auch bekomme ich, was Wegweisungen angeht, mehr positive Signale denn negative. Es ist sodann ja korrekt, wenn Alexander Tschäppät an mich verweist – das Dossier liegt bei mir, also ist es richtig, wenn ich hinstehe, um die gemeinderätliche Politik zu vertreten. Der Gesamtgemeinderat setzt sich sehr wohl und gründlich mit der Wegweisungspolitik auseinander. Und als dem Gesamtwohl der Stadt verpflichtete Behörde stellt er fest, dass der Wegweisungsartikel ein geeignetes Instrument ist. Fragen wir doch umgekehrt: Was wäre, hätten wir den Artikel nicht? Dann müsste die Polizei womöglich zu Gröberem greifen, um Sicherheit und

Ordnung durchzusetzen – Abführen, Festnehmen, Verzeigen. Weder möchte die Polizei den Artikel missen, noch spricht juristisch, sachlich etwas dagegen. In meinen Augen geht es beim Streit um Wegweisungen also gar nicht mehr um die Sache, sondern rein um Politik.

Um eminent politische Fragen, mit Verlaub. Die «Lex Wasserfallen» ist trotz aller juristischen Bereinigung in Bern immer ein politisch heisses Eisen geblieben – und jetzt machen SP und GB-Linksgrüne sowie auch Teile der GFL-Liberalgrünen Front.

. . . Und dazu muss ich nun schon einmal klar sagen: Rot-Grün-Mitte hatte mehrfach die Möglichkeit, die Sicherheitsdirektion zu übernehmen und hier andere Akzente zu setzen. Als bürgerliche Politikerin habe ich die Verantwortung für diese Direktion, da kann man doch nicht erwarten, dass ich RGM-Politik betreiben würde. Von da her begreife ich auch nicht, warum sich SP-Fraktionschef Anliker nun dermassen beklagt. Dann soll doch die SP diese Verantwortung übernehmen, die Chance hatte sie ja. Aber wenn man die Chance nicht nutzt, soll man auch nicht so jammern.

Da liegt doch gerade die politische Pikantesse. Wäre es nicht hoch an der Zeit, dass die rot-grüne Regierungsmehrheit einmal selber offen hinsteht und erklärt, warum es gut sei, dass man Sie wegweisen lässt?

(Überlegt) Das kann schon sein, vielleicht würde es ja etwas nützen. Denn erläutere ich Gemeinderatspolitik und Bundesgerichtsurteil, werden RGM-Exponenten auf ihrer ideologischen Schiene bleiben, sich den Argumenten verschliessen. Andererseits haben auch meine RGM-Kolleginnen und -Kollegen ihre liebe Mühe mit ihrer eigenen Mehrheit im Stadtrat. Es geht weniger um einen Links-rechts-Graben, eher um ein Problem, bei dem sich der Gemeinderat mit Gesamtverantwortung einem Parlament, das mit dem Thema Wegweisungen einfach nur politisiert, gegenüber sieht. Denn bitte, wenn ich sehe, dass der aktuell zur Wegweisungsfrage deponierte Vorstoss von Daniele Jenni – eine Richtlinienmotion zu einem Feld, in dem der Rat gar keine Weisungsbefugnis hat – von der ganzen SP-Intelligenza unterstützt wird, dann, das muss ich hier schon sagen, hat der Gesamtgemeinderat ein Problem.

Wieder da im Perimeter A

Während Grüne und SP im Stadtparlament den schrittweisen Abbau bis zur Totaleinstellung der Wegweisungspraxis fordern, haben Berns «Gassennahe Institutionen» gestern Abend den Protest auf die Strasse getragen: Mit ihrer Aktion im Raume Bahnhof, dem polizeilichen Wegweisungs-«Perimeter A», knüpften Kirchliche Gassenarbeit, Elternvereinigung drogenabhängiger Jugendlicher und Gassenküche an Proteste früherer Jahre an – mit dem Ziel, eine neue, breite Kampagne zu organisieren. Der «berüchtigte Artikel 29» stehe für Ausschluss Missliebiger, wobei «Willkür und Machtmissbrauch weiterhin an der Tagesordnung» seien; und so «hören wir nicht auf, uns dagegen zu wehren», erklärten sie. (rg)

Der Bund, Interview: Rudolf Gafner [09.06.06]